

370/AB

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene - schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Rudolf Parnigoni und Genossen vom 7. Mai 1996, Nr. 561/J, betreffend GSM-Netz im VValdviertel, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 7.:

Generell möchte ich darauf hinweisen, daß das Bundesministerium für Finanzen im Rahmen seiner Kompetenz zur Verwaltung der im Alleineigentum des Bundes stehenden Anteile an der Post- und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft (PTBG) nur über die nach den gesellschaftsrechtlichen Normen bzw. geltenden Satzungen der Gesellschaft zustehenden Befugnisse verfügt.

Die gestellten Fragen betreffen daher keine in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Finanzen fallenden Gegenstände der Vollziehung und insbesondere auch keine Angelegenheiten der Verwaltung des Bundes als Träger von Privatrechten und sind daher von dem im § 90 Geschäftsordnungsgesetz 1975 determinierten Fragerecht nicht erfaßt.

Außerdem sind diese Fragen, soweit dies vom Bundesministerium für Finanzen beurteilt werden kann, als Ausfluß aus dem Fernmeldegesetz, für das kompetenzmäßig das Bundesministerium für Wissenschaft, Verkehr und Kunst zuständig ist, anzusehen. Im Hinblick auf diese Kompetenzlage kann ich mich zu diesen Fragen auch nicht im Einverständnis mit der PTBG bzw. der Post- und Telekom Austria AG äußern und habe

,
deshalb von diesen Gesellschaften auch keine Informationen eingeholt. Ich ersuche daher um Verständnis, daß ich aus den dargelegten Gründen diese Fragen nicht beantworten kann.